

den politischen Mehrheiten des neu gewählten EU-Parlaments entsprechen muss, demzufolge würden Kandidaten stärker in die parteipolitischen Wahlkämpfe eingebunden werden; was ebenfalls eine engere Verzahnung von Kommissionspräsidenten und europäischen Bevölkerungen notwendig macht.

Eine direkte Wahl des Kommissionspräsidenten wäre möglich, wenn einerseits damit klare exekutive Kompetenzübertragungen verbunden würden, und andererseits alle Bürgerinnen und Bürger nicht nur auf dem Papier wüssten, wer der Präsident der Europäischen Kommission ist, sondern wenn sie sich ausgiebig in europäischen Tageszeitungen und im Fernsehen mit ihm auseinandersetzen könnten. Das Amt des Kommissionspräsidenten ist

das älteste des europäischen Integrationsprozesses, das kontroverseste in der Verteilung von Funktionen und politischer Einflussnahme, jedoch auch das prestigeträchtigste mit Blick auf die Repräsentation der Kommission als »Motor der Integration« und des europäischen Gemeinschaftsinteresses. Seine Stellung prädestiniert ihn, eine Führungsrolle einzunehmen, gesamteuropäische Diskurse anzustoßen und mehr Nähe zwischen den Institutionen der EU und ihren Bürgern herzustellen. Um seinen eigenen Worten gerecht zu werden und eine »bürgernahe Union für die Zukunft Europas und der Welt« zu schaffen, muss auch Barroso stärker aus der Brüsseler Defensive kommen und offensiv in die europäischen Hauptstädte fahren – heute und nicht erst 2014. ■

Mario Telò

## Die Geschichte trägt Europa nicht

### Der Nobelpreis an die EU und die Reaktionen darauf

*Die Idee Europas hat den Nobelpreis verdient. Durch die Zuerkennung wurden die Ziele der Demokratisierung, des Friedens und der wirtschaftlichen Entwicklung gewürdigt. Doch der Preis ist auch als Aufforderung zu verstehen, weiter voran zu gehen und die Integration zu vertiefen.*

#### Mario Telò

(\* 1950) ist Stellvertretender Präsident des Institut d'études européennes (IEE) sowie Koordinator der EU-Projekte GR:EEEN und GEM für die Freie Universität Brüssel.

mario.telo@ulb.ac.be



**D**ie Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU wurde international sehr kontrovers kommentiert. Das Spektrum reichte von großer Begeisterung bis zu extrem negativen Reaktionen. »Eine Provokation« sei das, erfuhren man in der Presse

Berlusconi, von Marine Le Pen und aus den Lagern der holländischen Rechtsextremen. Die Euroskeptiker diagnostizierten: Die EU bereitet unserem Wohlstand den Garaus, führt in die wirtschaftliche Niederlage, wirft Sand ins Getriebe der nationalstaatlichen Demokratien und ist in der gegenwärtigen Welt zu einer Friedenspolitik nicht in der Lage.

Durch den Nobelpreis wird zunächst eine unbestrittene historische Wahrheit anerkannt: Der Kontinent, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch zwei Weltkriege mit mehr als 80 Millionen Todesopfern die gewaltsamste Phase seiner

Geschichte erlebte, gilt in dessen zweiter Hälfte als Beispiel für Frieden und wahre Aussöhnung durch wirtschaftliche Zusammenarbeit, Demokratie und die Zusammenführung der Souveränität verschiedener Nationen, die sich über mehrere Jahrhunderte bekämpft hatten. Eine große Idee des »institutionalisierten und auf Rechtmäßigkeit beruhenden« Friedens ist wahr geworden, eine Idee, die sich eher auf Immanuel Kant zurückführen lässt als auf den föderalistischen Traum der Vereinten Staaten von Europa, wie ihn Victor Hugo 1848 verkündete.

Diese Anerkennung erfolgt keineswegs unverdient. Sie sollte, zusammen mit wohl-dosiertem Stolz, zum europäischen Verfassungspatriotismus, zum Selbstbewusstsein der Europäer, die häufig ja eher zur Selbstgeißelung neigen, beitragen. Die grundlegende Veränderung durch die EU in der europäischen Geschichte schließt nicht nur einen erneuten Krieg zwischen Deutsch-

land und seinen Feinden der Vergangenheit vollkommen aus, sondern stellt eine solide Verankerung des zivilen Fortschritts dar und bildet einen Schutzwall gegen die Minderung der Qualität nationaler Demokratien, die wir im Zuge der derzeitigen Krise erleben.

Diese, in gewisser Weise exemplarische Eigenart der EU zeigt sich auf beiden Ebenen, im Inneren und nach außen. Die Demokratisierung, der Frieden und die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen 50 Jahre sind sicherlich nicht allein durch die Europäische Union begründet. Neben den innereuropäischen Faktoren war hier auch das transatlantische Bündnis von großer Bedeutung. Doch während die NATO in den Reihen ihrer Mitgliedsstaaten auch Diktaturen wie Griechenland und die Türkei duldete, gilt in der EG/EU die »demokratische Konditionalität« der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte ausdrücklich als eine Grundvoraus-

setzung für die Mitgliedschaft, anfänglich nur implizit, seit dem Vertrag von Amsterdam (1997) und im gültigen Vertrag von Lissabon auch explizit. Wir haben den Status einer einfachen Staatengesellschaft längst überwunden, da die europäischen Gesellschaften über unzählige transnationale Verbindungen miteinander verknüpft sind. Eine seriöse Darstellung der jüngsten Geschichte einzelner Nationalstaaten würde nicht gelingen, ohne sie dabei auch in ihrer Funktion als Mitgliedstaaten der EU zu betrachten und die Verknüpfung zwischen den nationalen Zielen und dem europäischen Kontext zu berücksichtigen. So hat die EG/EU ausschlaggebend zur Konsolidierung der inneren Demokratie in denjenigen Ländern beigetragen, die zuvor über mehrere Jahrzehnte hinweg von faschistischen oder kommunistischen Diktaturen geprägt waren.

### Beispielwirkung der EU

Andererseits stellt der Nobelpreisausschuss die EU als ein Beispiel für die multipolare Welt heraus, die im Entstehen begriffen ist. Alle, die Ostasien, den prosperierenden Teil der Weltwirtschaft kennen, wissen sehr genau, dass man dort mit großem Interesse auf die EU schaut als dem seltenen Beispiel einer gelungenen Aussöhnung zwischen ehemaligen Feinden, während zwischen China und Japan trotz der stark ausgeprägten gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit wegen einer umstrittenen Inselgruppe nun sogar Krieg droht mit der Folge, dass aufgrund der derzeitigen Spannungen nun beide an einer Verschlechterung ihrer Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu leiden haben. Ein weiterer Beweis dafür, dass die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit allein noch lange nicht die europäische Erfolgsgeschichte zu erklären vermag.

Die EU ist freilich kein Einzelfall. Auch wenn seine Umsetzung jeweils eigene We-

ge geht, verbreitet sich der Gedanke, die friedliche Kooperation zwischen Nachbarstaaten im Sinne der Konfliktverhütung, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Stärkung der Demokratie und der Menschenrechte, überall auf der Welt zunehmend: in Lateinamerika (Mercosur und Unasur), in Südostasien (ASEAN) und in Südafrika (SADC). Die Zahl multilateraler friedlicher Institutionen ist innerhalb von wenigen Jahrzehnten von 30 auf 400 angestiegen. Dabei scheint der Einfluss der EU in der Welt heute eher darauf zu beruhen, was sie darstellt und wie sie wahrgenommen wird, als darauf, welche praktische – oft schwankende – Außenpolitiken sie verfolgt.

### Die Aufgabe

Aus all diesen Gründen ist die Verleihung des Nobelpreises vorrangig als eine Herausforderung zu betrachten. Wenn wir nicht wollen, dass mit dem Nobelpreis auch das Ende der bedeutendsten Utopie des 20. Jahrhunderts besiegelt wird, bedarf es radikaler Innovationen. Mit der Geschichte kann die junge Generation nicht mehr allzu viel anfangen und die derzeitige Krise stellt die Europäische Union auf dramatische Art und Weise in Frage. Die Annahme des Nobelpreises sollte als eine Gelegenheit ergriffen werden, um mit den Euroskeptikern in einen Dialog zu treten und auf den drei großen Baustellen des europäischen Einigungswerks fernab von ideologischen Denkmustern mit frischen Ideen erneut Fortschritte zu erzielen.

Zum einen bedarf es, zusätzlich zur unerlässlichen Steuer- und Haushaltsunion, einer energischen Initiative für eine wirkliche politische Union. Doch eine solche politische Union wäre derzeit, wie Jürgen Habermas meint, der sich eine vertiefte Integration »Kerneuropas« wünscht, allein mit den 17 Ländern der Eurogruppe möglich. Das Interesse ihrer Bürger an der EU ist derzeit stark, aber eher im leidenden als

im aktiven Sinne. Wir werden auf dem Weg zu mehr Integration der EU keine Fortschritte machen, wenn wir nicht auch zu einem demokratischen Neubeginn bereit sind. Dabei müssen wir uns mit der Frustration der öffentlichen Meinung, mit ihrer Neigung, sich selbst zu verkriechen, die von den Populisten im Süden und Norden Europas geschürt wird, auseinandersetzen. Die Europawahlen von 2014 bieten, wie Martin Schulz fordert, die realistische Gelegenheit zu einem Parlament, das nun endlich den neuen EU-Kommissionspräsidenten auf der Grundlage einer politischen Entscheidung wählen darf und

dabei zwei Kandidaten zur Auswahl hat, nämlich einen Vertreter des linken und einen des rechten Flügels der Mitte.

Letztlich gilt es, der EU die Kraft zu geben, sich zu einem kohärenten internationalen Akteur zu entwickeln, nicht nur, um uns vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen, sondern um mit unseren Interessen und Werten einen Grundpfeiler für effizientes und gerechtes weltweites Regieren zu errichten. 60 Jahre nach seinen Anfängen wird das europäische Aufbauwerk nur dann erfolgreich sein, wenn es mit seinen Zielen in einer globalen Demokratie verankert ist. ■

*Christian Rauh*

## Politisieren lassen oder politisieren?

### Die europäische Öffentlichkeit fordert ihr Recht

*In Zeiten der Eurokrise und der daraus folgenden Sparpolitik formte sich eine Opposition gegen rein exekutiv getroffene Entscheidungen. Diese Politisierung könnte künftig zur großen Chance für Europa werden. Denn erst ein aktiv und offen geführter politischer Diskurs schafft die Grundlage dafür, dass sich die europäische Öffentlichkeit mit der Einigung Europas identifizieren kann.*

Die Eurokrise unterstreicht auf dramatische Art und Weise, wie tief der europäische Einigungsprozess in die Gesellschaften der Mitgliedsstaaten hinein wirkt. Ökonomische und politische Interdependenzen begrenzen den Handlungsspielraum national legitimer Regierungen und eine Vielzahl politisch hochrelevanter Kompetenzen liegt heute auf der europäischen Ebene. Aber obwohl die supranationale Entscheidungsfindung damit gesellschaftliche Verteilungsarrangements in den EU-Mitgliedsstaaten unter Druck setzt, verharrt sie allzu oft in rein exekutiven Mustern. Die komplexen Aushandlungsprozesse zwischen politischen und administrativen Eliten in Brüssel lassen es in vielen Fällen intransparent, ob und welche



**Christian Rauh**

(\* 1980) ist Politikwissenschaftler in der Abteilung »Transnationale Konflikte und internationale Institutionen« am Wissenschaftszentrum Berlin und forscht zu den Ursachen und Effekten der gesellschaftlichen Umstrittenheit inter- und supranationaler Politik.

christian.rauh@wzb.eu

politischen Grundsätze den abschließenden Entscheidungen zugrunde liegen. Ergebnisse werden der breiten Öffentlichkeit – wenn überhaupt – als effizienteste europäische Verhandlungslösung und damit als quasi alternativlos präsentiert.

Einerseits ist die europäische Politik für die breitere Bevölkerung also schwer zu durchschauen und wird von den Eli-